

Warum Mitt Romney die Wahl gewinnen könnte

von Walter Brehm



Barack Obama hat vergeblich versucht, die Spaltung der USA zu überwinden. Mitt Romney nutzt diese Spaltung in seinem Wahlkampf.

Die USA sind eine gesplante Nation. Barack Obama ist vor vier Jahren angetreten, dies zu ändern – und ist gescheitert. Das hat wenig mit falscher Sachpolitik zu tun. Vielmehr damit, dass er an seiner Konsenspolitik festhielt – auch als er längst hätte erkennen müssen, dass er dafür keinen Partner hat.

US-Wahlen sind fast immer sehr enge Rennen. Das war 2008 nicht anders. Obamas Wahlsieg schien zwar erdrutschartig. Er konnte die ersten zwei Jahre mit einer Kongressmehrheit regieren. Aber in Tat und Wahrheit war das Wahlergebnis praktisch eine 50-zu-50-Entscheidung. Und das Zeitfenster, das ihm die Kongressmehrheit für seine Gesundheitsreform geöffnet hatte, schloss sich nach zwei Jahren mit den so genannten Midterm-Wahlen 2010 bereits wieder.

Die Demokraten verloren ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat reichte die republikanische Minderheit so weit, dass sie mit endlosen Debatten jede Reform blockieren konnte. Statt zu kämpfen, hielt Obama an seinem Konsens suchenden Kurs fest. Er ignorierte, dass nicht nur die Nation, sondern auch die republikanische Partei gespalten war.

Deren rechter und offen rassistischer Flügel, die so genannte Tea Party, ging immer radikaler gegen den Präsidenten vor: Obama, der Kommunist, der Islamist, der Zerstörer amerikanischer Werte und Weltgeltung. Die Hasskampagne kannte keine Gren-

zen. Die Propaganda von ganz rechts überdeckte jedoch, dass die Tea Party in der republikanischen Partei eine Minderheit war. Gross genug, die Parteiführung nach rechts zu drängen, aber ohne Chancen, einen über ihre eigenen Reihen hinaus wählbaren Kandidaten gegen Obama auf den Schild zu heben.

Dies hat Mitt Romney erkannt. In den Vorwahlen der Partei köderte er die Rechten. Er hat sie zwar nie überzeugen können, dass er einer der ihren ist. Aber die Tea Party erkannte, dass Romney der einzige in der Kandidatenschar war, der eine reelle Chance auf die Unterstützung der ganzen Partei und deren Sponsoren in der Wirtschaft hatte. Die Tea Party war neu-

tralisiert und Romney konnte seinen Marsch in die politische Mitte beginnen, um die moderaten Republikaner und die Obama-Kritiker unter den

Wechselwählern zu gewinnen. Das kann man Opportunismus nennen, aber es ist vor allem eine funktionierende Wahlkampfstrategie.

Vielen Amerikanern geht es heute wirtschaftlich schlechter als vor vier Jahren. Daran ist Obama nicht schuld. Aber wem es schlecht geht, der will schnelle Besserung. Zwar weiss niemand so genau, was von einem Präsidenten Romney zu erwarten wäre. Aber Obama hat nicht erklärt, wie er in den kommenden vier Jahren erreichen will, was ihm der Kongress bisher verbaut hat. Gleichzeitig mit dem Votum über die Präsidentschaft finden aber auch Kongresswahlen statt. Die Umfragen deuten nicht darauf hin, dass Obama mit einer demokratischen Mehrheit rechnen könnte. Auch deshalb ist eine Niederlage des Präsidenten möglich. Oder anders gesagt: ein Sieg schierer Hoffnung auf Besserung über die Furcht vor Stagnation.

Gallus bleibt für viele nur ein Namenspatron

von Adrian Vögele



Das Programm des Gallusjubiläums ist zu Ende. Die Verantwortlichen ziehen eine äusserst positive Bilanz.

Das Gallusjubiläum mit seinen weit über 300 Veranstaltungen war ein Effort, der Anerkennung verdient. Die Organisatoren sind mit den Besucherzahlen zufrieden. Insbesondere in kirchlichen Kreisen und bei historisch Interessierten dürfte die Jubiläumsbotschaft angekommen sein.

Dennoch: Nicht wenige St. Gallerinnen und St. Galler äussern nach dem halben Jahr einen akuten Gallusüberdruß, während andere sich vom Jubiläum überhaupt nicht angesprochen fühlen. Der Verdacht kommt auf, dass der Mythos des heiligen Wandermönchs in der Jubiläumseuphorie etwas gar überstrapaziert und seine Bedeutung für den Normalbürger überschätzt wurde. Slogans wie «Wir sind Gallus» erweckten den Eindruck, es handle sich um eine kantonale

Identifikationsfigur. Dass Gallus jedoch viele Leute, vor allem ausserhalb der Hauptstadt, nicht zu bewegen vermag, liegt zunächst in der Kantons-geschichte begründet. Der Kanton St. Gallen in seiner heutigen Form ist zur Zeit Napoleons entstanden und hat mit dem angeblichen Wirken des Wandermönchs nichts zu tun. Zudem bleibt Gallus' eigene Geschichte sehr vage: So gibt es beispielsweise keine populären Nacherzählungen, wie das bei anderen Gründerfiguren wie Wilhelm Tell der Fall ist. Zu vieles bleibt bei Gallus Interpretation. Nicht erstaunlich deshalb, dass sich der Heilige laut einem HSG-Experten nicht als Zugpferd für den Tourismus eignet.

Unbestritten ist die Bedeutung der Galluslegende für die Stadt St. Gallen. Für viele Städter dürfte das Gauklerfest im Mai der Höhepunkt des Jubiläums gewesen sein. Dass das Fest von nun an jährlich stattfinden soll, ist deshalb eine gute Idee. Auch wenn Gallus mit Gauklern wohl wenig zu tun hat. Aber für das Fest wäre er ohnehin nur das, was er in den Augen vieler auch für den Kanton ist: ein Namenspatron.



BILD DER WOCHE

Unten grau, oben blau

Nebelwoche in der Ostschweiz, Leser Stephan Lendi fotografierte oberhalb Tannenboden/Flumserberg.

TRIBÜNE

Putin sichert sein Imperium

von Ulrich Schmid



Ulrich Schmid

ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen.

phie gleich zweimal: Sowohl die Hilfe an die Opfer der Brände im Sommer 2010 als auch die Erhöhung der Lehrerlöhne stehen «unter Putins persönlicher Kontrolle».

Die Realität des russischen Haushalts sieht jedoch anders aus: Die Sozialausgaben erreichten im Wahljahr 2012 ihren Höhepunkt, in der Zukunft werden sie

Der Preis für das Imperium besteht in der staatlichen Monopolisierung der Ressourcen, der Bevormundung der eigenen Bürger und einer Wirtschaftsordnung, in der individuelle Leistung nicht honoriert wird.

sinken. Auch die Bildungsinstitutionen erhalten nur noch Magerkost: Ihr Anteil von 5,1% des Budgets im Jahr 2011 soll drei Jahre später auf 3,4% fallen. Dafür steigen die Militär-, Polizei- und Justizausgaben von heute einem Viertel des Budgets auf ein Drittel im Jahr 2014. Dass man aus diesen Zahlen den Schluss zieht, Putin wolle eine neue totalitäre Diktatur in Russland errichten, ist ebenso nahe liegend wie kurzsichtig.

Viel besser lässt sich die Entwicklung Russlands mit dem Begriff der «Imperialität» beschreiben. Nach dem ökonomischen Katzenjammer und den territorialen Phantomschmerzen, die den post-sowjetischen Rumpfstaat in den Neunzigerjahren quälten, ist es Putin in den 2000er-Jahren gelungen, Russland wie-

der zu alter imperialer Grösse zu verhelfen. Dabei tritt allerdings nicht so sehr das Sowjetimperium als Referenzgrösse auf, sondern das Zarenreich. Putins Lieblingszar ist der autoritäre Alexander III., der die russische Aussenpolitik nach folgendem Motto betrieb: «Russland hat nur zwei Freunde: die Armee und die Flotte».

Die desaströse Syrienpolitik, die scharfe Disziplinierung der eigenen Staatsbürger, die verstärkte Allianz zwischen orthodoxer Kirche und politischer Führung, die zunehmende Schikanierung ausländischer Nichtregierungsorganisationen sind die wichtigsten Merkmale von Putins neoimperialer Politik. Am merkwürdigsten ist indes die Tatsache, dass sich mit diesem Programm in Russland nicht nur Staat, sondern sogar Wahlkampf machen lässt. In einer Umfrage aus dem Jahr 2008 gaben 78% der Russen an, lieber in einem grossen Land zu leben, das von seinen Nachbarn gefürchtet wird, als in einem kleinen harmlosen Land, in dem Wohlstand herrscht.

Auch in der Pussy-Riot-Affäre weiss Putin die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich: In einer Umfrage vom 2. Oktober hielten 35% der Russen die zweijährige Lagerstrafe für die Mitglieder der Punkband für angemessen, 43% forderten sogar eine härtere Strafe und nur gerade 2% sahen überhaupt keinen Straftatbestand vorliegen. Es gibt also in Russland einen nicht zu unterschätzenden Konsens über eine imperiale Identität, die man nicht vorschnell gegen westliche Normen eintauschen will. Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft waren Leitbegriffe der Neunzigerjahre, die durch Boris Jelzins Vetterwirtschaft gründlich diskreditiert wurden. Putin hat es zu Beginn des 21. Jahrhunderts geschafft, mit der «gelenkten Demokratie» in Russland ein neues erfolgreiches Gesellschaftsmodell zu etablieren. Allerdings ist Russland heute erneut an einem Wendepunkt angelangt: Zwar billigt man Putin zu, das Land stabilisiert zu haben, sein politischer Stil hat allerdings den schalen Beigeschmack der inneren Kolonisation erhalten. Der Preis für das Imperium besteht in der staatlichen Monopolisierung der Ressourcen, der Bevormundung der eigenen Bürger und einer Wirtschaftsordnung, in der individuelle Leistung nicht honoriert wird.